

Felicitas Hillmann

Integration, soziale und ethnische

S. 1037 bis 1050

URN: urn:nbn:de: 0156-5599975



CC-Lizenz: BY-ND 3.0 Deutschland

In:

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.):
Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung

Hannover 2018

ISBN 978-3-88838-559-9 (PDF-Version)

URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-55993>

Integration, soziale und ethnische

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Gedankliche Zugänge zum Integrationsbegriff
- 3 Die Orte der Integration
- 4 Integration über den Arbeitsmarkt, den Wohnungsmarkt, über Bildung und Partizipation

Literatur

Integration ist ein Sammelbegriff, der die Position eines Individuums oder einer Gruppe von Individuen, in der Regel einer Minderheit, in Bezug auf eine räumliche, soziale, wirtschaftliche, politische oder kulturelle Ganzheit angibt. Es gibt keine einheitliche Definition. Überwiegend wird dieser Terminus in Abgrenzung von anderen Begriffen verwendet und betont entweder den Prozess einer zu erlangenden Integrität oder das Ergebnis dieses Prozesses.

1 Einleitung

Integration ist ein Sammelbegriff, der die Position eines Individuums oder einer Gruppe von Individuen, in der Regel einer Minderheit, in Bezug auf eine räumliche, soziale, wirtschaftliche, politische oder kulturelle Ganzheit angibt. Abgeleitet vom lateinischen Wortstamm *integrare* mit der Bedeutung von *erneuern, wieder aufnehmen, von Neuem beginnen*, aber auch von *ergänzen*, liegt die Betonung auf der Veränderung eines bestehenden Zustandes mit dem Ziel einer wiederzuerlangenden Integrität.

Der Begriff *Integration* tritt häufig als Teil von Begriffspaaren auf, beispielsweise *Integration und Desintegration, Integration und Assimilation, Integration und Segregation*, auch *Integration und Inklusion* bzw. *Partizipation oder Diversität* (s. Tab. 1). Eine allgemeingültige Definition existiert nicht. Vielmehr besteht eine Vielzahl von Begriffsdefinitionen, die sich auf unterschiedliche Bereiche der Integration beziehen. Solche Felder sind Arbeitsmarkt, *Wohnen*, Bildung, politische und kulturelle Teilhabe sowie Freizeit. Fast alle Definitionen tragen zugleich auch eine Vorstellung der Zielsetzung von Integration in sich. Ebenfalls üblich ist eine Unterscheidung zwischen ethnischer und sozialer Integration. Im Unterschied zur Assimilation, die eine Angleichung an das gesellschaftlich Gegebene impliziert, und im Unterschied zu der seit Kurzem diskutierten Partizipation, die auf ein ergebnisoffenes Verfahren zielt, lässt sich Integration im Bereich zwischen diesen Begrifflichkeiten einordnen.

Die Debatte über Integration hat sich in Deutschland insbesondere seit den 2000er Jahren entwickelt, der Begriff ist bis heute von zentraler Bedeutung für die gesamte Debatte über *Migration* – und ganz aktuell auch bezüglich der Flüchtlingsthematik in den Kommunen.

Zunächst werden die verschiedenen gedanklichen Zugänge zum Begriff der Integration historisch skizziert. Dann werden die bevorzugten Orte, in denen und über die Integration üblicherweise erfolgt, vorgestellt, im Anschluss die wichtigsten lebensweltlichen Bereiche, die als Gradmesser für Integration dienen, näher betrachtet und die Indikatoren zur Messung von Integration aufgezeigt.

2 Gedankliche Zugänge zum Integrationsbegriff

Ursprünglich wurde der Terminus *Integration* von den Evolutionisten des 19. Jahrhunderts (Auguste Comte, Herbert Spencer) in die Soziologie eingeführt (Schäfers 2003: 152 f.). In den USA vollzog sich Anfang des 20. Jahrhunderts eine Übertragung auf die Migrationsdebatte durch die Einführung des Begriffs *Amalgation*, der zur Grundlage des Integrationsgedankens auch für menschliche Gemeinschaften wurde. Analog zur Biologie mit ihren Beschreibungen von Invasion, Sukzession und Konkurrenz im Tierreich nahmen die Wissenschaftler an, dass Menschen sich in bestimmte Gruppen oder Gebiete integrieren.

Für Deutschland, seit dem Kaiserreich Arbeitskräfte-, Import- und Auswanderungsland zugleich (Fremdarbeiter vs. Auswanderer), war die in den USA vehement geführte Debatte über das richtige Vorgehen bei der Eingliederung der Einwanderer wissenschaftlich lange nicht relevant. Dort wurden seit den 1920er Jahren bis in die 1960er Jahre intensive Diskussionen über den

bestmöglichen Weg der Anpassung an die amerikanische Lebensweise, der Assimilierung, d. h. *Americanization*, geführt. Die Einwanderer wurden als Teil des politischen Selbstverständnisses der USA angesehen. In Deutschland hingegen blieb der Blick auf die Zuwanderer bis in die 1990er Jahre auf deren ökonomische Funktion beschränkt. Mehr noch: In der Zwischenkriegszeit und im Nationalsozialismus herrschte die Vorstellung vor, dass eine ethnisch homogene, d. h. eine aus vielen Menschen gleicher Abstammung geformte Gesellschaft (ein „Volk“) besonders wünschenswert sei. Die Vertreibung und Ermordung solcher Menschen, die einer derart konstruierten Norm nicht entsprachen, war Kennzeichen des totalitären NS-Regimes – es handelte sich um das gelebte und gedachte Gegenteil von Integration (Hillmann 2016: 45 ff.).

Die Assimilationsdebatte erreichte das Deutschland der Nachkriegszeit erst in den späten 1970er Jahren, als die ersten Integrationsprobleme der ausländischen Bevölkerung in den Städten sichtbar wurden. In den Nachkriegsjahren war eine Integration ausländischer Arbeitskräfte zwar in den \triangleright *Arbeitsmarkt*, jedoch nur ansatzweise in den sozialen, kulturellen und institutionellen Alltag der Mehrheitsbevölkerung erfolgt. Damit entsprach die gesellschaftliche Position der Ausländerinnen und Ausländer in der bundesrepublikanischen Gesellschaft der des Fremden und dessen, was am Rande der Gesellschaft existiert. Der oder die Fremde musste sich die Zugehörigkeit zur Mehrheitsgruppe individuell erarbeiten, er oder sie sollte ein „Integrationsdefizit“ möglichst ausgleichen. Der Großteil aller auf Integration ausgerichteten Maßnahmen folgte dieser Logik eines Ausgleichs von Defiziten, insbesondere Sprach- und Teilhabedefiziten, und der Herstellung von Chancengleichheit in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Die Ölpreiskrise 1973 und die darauf folgende wirtschaftliche Strukturkrise wirkten sich in Deutschland in zweifacher Hinsicht auf die Integration der ehemals angeworbenen Gastarbeiter aus: wirtschaftlich, weil viele Arbeitsmarktpositionen von ihnen besetzt wurden, und sozial, weil nun der Familiennachzug in großem Umfang ermöglicht wurde. Damit verschoben sich die Perspektiven einer möglichen Integration für die Zuwanderungsbevölkerung und für das Zielland Deutschland grundlegend.

2.1 Die verschiedenen Dimensionen von Integration

Da sich der Prozess der Integration in unterschiedlichen Dimensionen des gesellschaftlichen Lebens vollzieht und sich über verschiedene Zeiträume erstreckt, teilweise sogar generationenübergreifend angelegt ist, bietet sich eine Unterteilung des Integrationsbegriffes in verschiedene Einzeldimensionen an. Esser (1980) unterscheidet dazu grundsätzlich zwischen Sozialintegration und Systemintegration. Die Sozialintegration umfasst die Kulturation bzw. die kognitive Assimilation (beispielsweise Sprache, Fertigkeiten, Verhaltenssicherheiten, Regelkompetenzen und Normenkenntnisse), eine identifikative Assimilation (z. B. fehlende Rückkehrabsichten, Staatsangehörigkeitserwerb, politische Partizipation), die Interaktion oder auch soziale Assimilation (z. B. die Zahl der formellen und informellen ethnischen Kontakte, Freundschaften, Heiraten, sozialräumliche Entmischung) sowie die Platzierung, d. h. die Übernahme von Positionen. Davon unterschieden wird eine Ebene der strukturellen Assimilation (über Einkommen, Berufsprestige, die Besetzung von beruflichen Positionen, u. a. soziale \triangleright *Mobilität* über Märkte oder Organisationen) (vgl. Treibel 1999: 139 f.; Esser 2001). Möglich ist eine Mehrfachintegration in verschiedenen Kontexten, etwa im Herkunftsland und im Aufenthaltsland. Ein Fehlen jedweder sozialer Integration führt zu Marginalität und Exklusion oder zu einer nur teilweise erfolgten sozialen Integration im Aufenthaltsland (Segmentation). In dieser Sichtweise wird Integration als Assimilation, als Anpassungsleistung von Individuen aufgefasst, die sich schließlich durch eine Verringerung von

Integration, soziale und ethnische

systematischen Unterschieden zwischen der Mehrheitsgruppe und der eingewanderten Gruppe manifestiert. Der Grad der Integration bestimmt sich über das „Ausmaß der Übereinstimmungen der Gesellschaftsmitglieder hinsichtlich gemeinsamer Ordnungsprinzipien“ und sorgt für gesellschaftliche Stabilität (Wilk 2011: 16; vgl. auch Fassmann 2011).

Grundlegend für den Integrationsbegriff ist das sogenannte Statusparadox der Migration, wonach jede Migrantin und jeder Migrant permanent die eigene Situation vor dem Vergleichshintergrund der ansonsten im Herkunftskontext eingenommenen Position betrachtet (vgl. Lichtenberger 1984). Die eigene Position im Aufenthaltskontext wird relativiert, Entbehrungen werden bewusst in Kauf genommen, da bei der wiederholten Rückkehr in den Herkunftskontext eine (zeitweise) soziale Aufwertung des Migranten oder der Migrantin stattfindet. Um ihn oder sie ranken sich Mythen eines glanzvollen Aufstiegs im Zielland, und sie oder er dient als Referenzpunkt für Projektionen und unerfüllte Hoffnungen zu Hause. Die zahlreichen Bauten, die von den Auswanderern in ihren Herkunftsgemeinden errichtet werden, sind steinerne Zeugen ihrer fortgeschrittenen Integration im Aufenthaltsland und ihrer Desintegration im Herkunftskontext (Lopez 2010).

Von den meisten Migrantinnen und Migranten wird die eigene Situation als persönliches Schicksal, nicht aber als kollektives Muster des gesellschaftlichen Ausschlusses (Exklusion) erlebt und interpretiert. Die marginale Position am Aufenthaltsort, die sich durch eine geringere Teilnahme und Teilhabe an den Ressourcen und Verfahren der Mehrheitsgesellschaft manifestiert, kann sich in einer Abkehr von eben dieser Mehrheitsgesellschaft äußern. Erfahrungsgemäß ist dies besonders bei der dritten Einwanderungsgeneration der Fall.

In einer durch \triangleright *Globalisierung* geprägten Welt, in der sich ethnische und nationale Zugehörigkeiten neu und zunehmend entkoppelt von konkreten sozialräumlichen Realitäten herausbilden und in der transnationale sowie multilokale Lebensformen üblicher werden, stellt sich die Frage nach der Relevanz einer gemeinsamen Vorstellung von Nationalstaatlichkeit anders als zuvor. Ein Festhalten an Assimilation setzt voraus, dass es einen gesellschaftlichen Konsens über das Ziel der Eingliederung gibt. Partizipatorisch ausgerichtete Vorstellungen über gesellschaftliche Entwicklungen zielen dagegen stärker auf eine ergebnisoffene Inklusion aller Beteiligten ab (Terkessidis 2011), ebenso multikulturell angelegte Ansätze. Doch welches Merkmal, wenn nicht die Staatsangehörigkeit, sollte maßgeblich sein? Wann setzt der Zustand des Postmigrantischen ein (vgl. Foroutan 2013)? Auch stellt sich die Frage, wie eine Integration von Individuen in eine moderne und funktional differenzierte, d. h. in Teilsysteme wie Politik, Wirtschaft, Recht, Religion gegliederte Gesellschaft möglich sein kann. In der Systemtheorie findet der Begriff der Integration deshalb auch lediglich zur Beschreibung von Beziehungen zwischen sozialen Systemen Anwendung (Schäfers 2003: 152 f.). Tabelle 1 fasst die verschiedenen wissenschaftlichen Diskurse zur Integration zusammen und illustriert diese am Beispiel der Integration in den \triangleright *Wohnungsmarkt*.

Tabelle 1: Der Begriff der Integration im wissenschaftlichen Kontext und in seiner Anwendung auf den Stadtraum

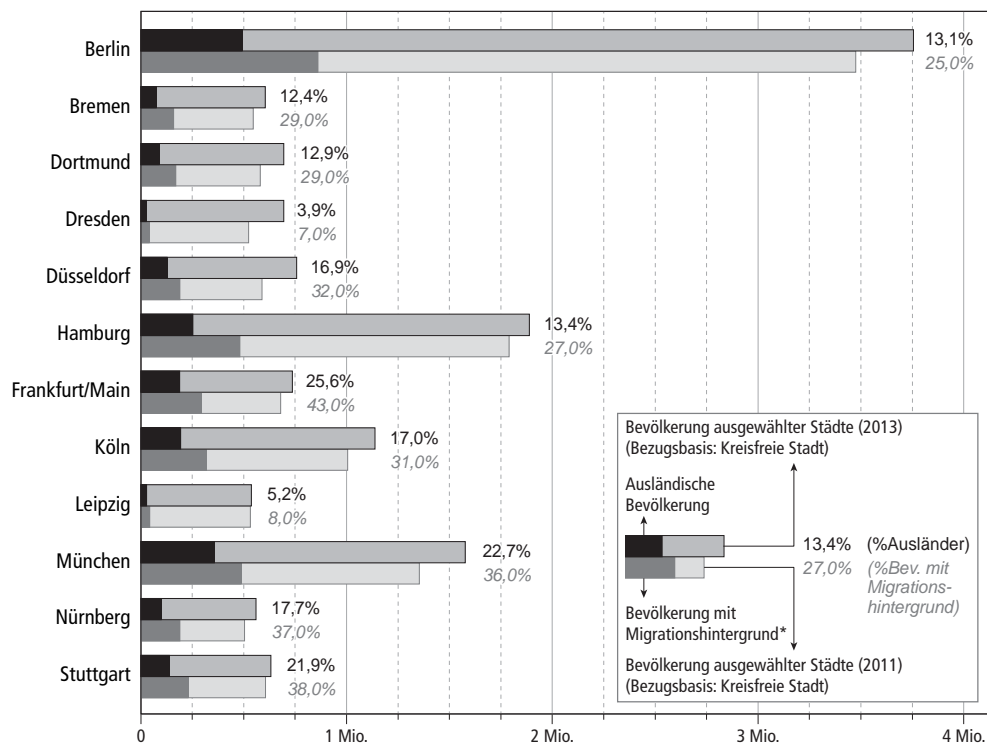
Begriffspaar	Wissenschaftlicher Diskurs	Beispiel Wohnsegregation
Integration und Desintegration	USA, spätes 19. Jahrhundert (Sozialreformen) und 1920er Jahre, Chicago School Deutschland: Homogenität als Idealzustand	Natural areas, Invasion und Sukzession, Communities, Neighborhoods
Integration und Assimilation	USA: Einwanderer als Teil des nationalen Selbstverständnisses, Americanization Deutschland: Ideal des Abstammungsprinzips. Ab ca. 1980 Übernahme von US-Konzepten	Kolonien als Eingliederungsschleuse, Wohnort ist mit einem Sozialstatus verbunden, Wohnheime, soziale Aufwärtsmobilität in die Mehrheitsgesellschaft, Zugangssperre
Deutschland		
Integration und Segregation	Polarisierung der Städte, Umstrukturierung der Städte, Errechnung von „Schwellenwerten“ in Form von Nachzugssperren	Segregierte Wohnstandorte, geringerer Wohnstandard von Migranten, Vorstellung einer „sozialen Mischung“, kleinräumige (lokale) Aktionsräume, Erlahmen der Stadt als Integrationsmaschine
Integration und Inklusion	Abkehr von einer klar definierten Mehrheitsgesellschaft, Institutionalisierung von Integration – Annäherung an die multikulturelle Debatte	Insgesamt Anregung neuer Wohnformen für benachteiligte Gruppen, z. B. Wohngenossenschaften, Stärkung der Position im Stadtteil, „internationale Bauten“, Migranten als Kunden
Integration vs. Partizipation, Diversität	Transnationalismus, bilokale Lebensformen, Milieuforschung, postmigrantische Lebenswelten	Transitäre Wohnformen wie z. B. für Flüchtlinge, Hochqualifizierte, Fernpendler

Quelle: Eigene Zusammenstellung

3 Die Orte der Integration

Integration ist ein ortsgebundener Prozess. Er kann stattfinden als Teil von Systemintegration, beispielsweise über die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in einen Wohlfahrtsstaat, der seinen Mitgliedern Vorteile bietet (etwa eine Rentenversicherung oder die Teilhabe an Bildungsprogrammen). Das bedeutet unweigerlich, dass Nichtmitglieder, d. h. Personen mit einer anderen Staatszugehörigkeit, keinen Zugang zu diesen Leistungen haben. Somit bewirkt Integration eine Schließung nach außen (vgl. Bommes 2011: 75 f.). Im Allgemeinen sind es die Städte und dort wiederum einzelne Stadtteile, in denen die Integration der Fremden erfolgt. In Deutschland liegt der Anteil der migrantischen Bevölkerung in den Städten in einigen Altersklassen bereits so hoch, dass sie die Mehrheitsgesellschaft bildet. Die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg wiesen im Jahr 2013 einen Ausländeranteil von ca. 13% auf; die kreisfreien Städte Frankfurt am Main, München, Stuttgart, Köln, Nürnberg und Düsseldorf lagen mit mindestens 17% deutlich über diesem Anteil. In absoluten Zahlen ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Berlin, Hamburg und München am größten. Ende 2014 besaßen im Durchschnitt 15,2% der Bevölkerung in den Städten der innerstädtischen Raubeobachtung (IRB) keine deutsche Staatsbürgerschaft – in westdeutschen Großstädten lag dieser Wert weitaus höher (z. B. 34% in Offenbach) (BBSR 2015).

Abbildung 1: Ausländer und Bevölkerung mit Migrationshintergrund



* Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, im Ausland geboren, nach 1949 zugewandert, ein Elternteil zugewandert bzw. ausländische Staatsangehörigkeit, Kinder von in Deutschland geborenen Ausländern mit späterer Einbürgerung

Quelle: Statistisches Bundesamt 2013, Engler 2012

Grafik: R. Spohner

Quelle: Hillmann 2016: 128

Etwa doppelt so hoch ist der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. In Städten wie London und New York, die durch Einwanderung stark geprägt sind, bezeichnet man die ethnische Vielfalt als Diversität oder sogar „Superdiversität“ (Vertovec 2006, 2015). Im Kontext des sich vollziehenden demografischen Wandels fällt die Präsenz der starken jungen Kohorten mit Migrationshintergrund besonders ins Gewicht (▷ *Demografischer Wandel*). Die Sichtbarkeit von Migranten und Migration im Stadtraum wird Teil von ▷ *Urbanität* (Hillmann 2011).

3.1 Die Anfänge der räumlichen Integration, Ankunftsstadtteile

Bis heute ist für die Migrationsbevölkerung in Deutschland die seit 1955 erfolgte Gastarbeiterzuwanderung strukturgebend, die durch den innerdeutschen Mauerbau 1961 zusätzlich befeuert wurde. Bis zum Anwerbestopp 1973 hatten die meisten Gastarbeiter in Sammelunterkünften gelebt. Im politischen Raum durchlebten die Gastarbeiter eine Zeit der „Integration auf Widerruf“, so lautete die ausländerpolitische Leitlinie der Bundesregierung im Jahr 1974. Zeitgleich mit dem Anwerbestopp 1973 erlaubte die Gesetzgebung erstmals den Familiennachzug. Dies führte dazu, dass die Gastarbeiter versuchten, ihr provisorisches Leben zu ändern: Sie zogen aus den Wohnheimen aus, suchten Mietwohnungen, sparten weniger für die Rückkehr, und ihre Verbindungen nach Hause lockerten sich (Herbert 2003: 233). Die Ausländer zogen in billige, fabriknahе Wohnungen oder in Sanierungsgebiete in den Innenstädten (▷ *Innenstadt*), zum Beispiel nach Wedding, Kreuzberg und Nord-Neukölln in Berlin, nach Gröpelingen und Walle in Bremen, in den Gallus in Frankfurt am Main, nach St. Pauli in Hamburg, häufig in sanierungsbedürftige Altbauten. In Städten wie Frankfurt am Main und Berlin entstanden nach und nach „Einwandererkolonien“, denen eine doppelte Funktion zukam: Für Neuankömmlinge wirkten sie als Integrationsschleuse in die neue Gesellschaft, gleichzeitig dienten sie als Ort der Orientierung und des Rückhalts in der Herkunftskultur (vgl. Heckmann 1981). Die Eingliederung, sofern man das Zusammenleben in diesem Fall so bezeichnen mag, gelangt in diesem Fall über Separation von der Mehrheitsgesellschaft.

In den 1970er Jahren wurden in vielen Städten noch Flächensanierungen in den vernachlässigten Altbauquartieren in den Innenstädten durchgeführt, gleichzeitig trieb der ▷ *Städtebau* den Ausbau von Großwohnsiedlungen mit gehobenem Komfort voran. Armut galt als sozialpolitisch beherrschbares Problem einer kleinen Randgruppe (Farwick 2012: 383 ff.). Solange ökonomisches Wachstum gegeben war, funktionierten die Städte als Integrationsmaschinen für Arbeiten, Wohnen, Bildung (Häußermann 1998: 158).

Mit dem ökonomischen Strukturwandel entstand jedoch ein Sockel struktureller Arbeitslosigkeit bei den ehemaligen Industriearbeitern. Viele von ihnen waren kontinuierlich auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Überproportional viele von ihnen waren als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen. In der fordistischen Arbeitsgesellschaft waren die Migrantinnen und Migranten funktional für die Arbeitswelt, in den Städten wurden sie ganz überwiegend in zweierlei Hinsicht wahrgenommen: erstens als defizitär hinsichtlich ihrer (erwarteten oder unterstellten) Integration in die Stadtgesellschaft und zweitens als bedrohlich jeweils dann, wenn sie begannen, im öffentlichen Raum mit eigenen Symbolen wie beispielsweise Moscheen aufzutreten. ▷ *Segregation* und Polarisierung wurden sichtbare Bestandteile der Städte. In diesen Stadtteilen kamen verschiedene, sich gegenseitig verstärkende Faktoren zum Tragen: eine geringe Ressourcenausstattung innerhalb der Quartiere, das soziale Erlernen von spezifischen destruktiven Handlungsmustern wie etwa einem Mangel an sozialer Kontrolle und Normen sowie stigmatisierende und diskriminierende Wirkungen von benachteiligten Quartieren (Farwick 2012: 390). Diese

Integration, soziale und ethnische

Stadtteile sind immer wieder Gegenstand von negativen Presseberichten. Ende der 1990er Jahre wurden europaweit, in Deutschland vor allem im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“, neue Integrationsmaßnahmen zur Stabilisierung dieser Stadtteile erprobt (▷ *Soziale Stadt*).

Die Städte drohten in Gebiete zu zerfallen, die bestimmte Bewohnergruppen besonders stark anzogen, polarisierende Effekte zusätzlich verstärkten und bestehende Disparitäten zementierten (▷ *Disparitäten, räumliche*). Stadtteile wurden zu „Rändern der Städte“, zu benachteiligten Lebensorten (Häußermann 1998: 104 f.), die ehemals sozialpolitisch gestaltete europäische Stadt verlor ihre Integrationskraft (▷ *Europäische Stadt*). Wohngebiete in den Innenstädten, hauptsächlich von Arbeitern bewohnt, unterlagen jetzt einem Fahrstuhleffekt. Aus dem Arbeiterquartier wurde ein „Arbeitslosenquartier“ (Häußermann 2000: 17 f.).

3.2 Die Vermischung von ethnischer und sozialer Integration

Die neue soziale Frage vermischte sich so mit der ethnischen Frage. Bis vor wenigen Jahren verwendete die ▷ *Stadtforschung* mangels anderer Daten den Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung als kleinräumigen Indikator für Armut, denn die Stadtteile mit einer in der Regel älteren und sozial etablierten einheimischen Bevölkerung haben fast immer niedrige Ausländeranteile. Die soziale und demografische Segregation in den Städten Nordrhein-Westfalens hat in den letzten drei Jahrzehnten stetig zugenommen (Stadt Essen 2013: 19 f.).

In der Integrationsdebatte vermischen sich die Effekte der ethnischen und sozialen Segregation. Wie konnten die ethnischen und sozialen Effekte einer räumlichen Konzentration einer Gruppe voneinander unterschieden werden? Farwick (2009) zeigt am Beispiel Bremens, dass sich die Nachbarschaft nicht auf die Häufigkeit der interethnischen Kontakte auswirkt. Deutlich wurde vielmehr, dass vor allem die Stadtbewohner der neuen „Unterschicht“ nur über kleinräumige Aktionsräume verfügen (▷ *Aktionsraum*). Diese geringere Integration der eingewanderten Bevölkerung bestätigen auch die Auswertungen des Mikrozensus, der einen Zusammenhang zwischen geringer Bildung, relativer Einkommensarmut und Wohngebieten mit einer hohen Ausländerquote abbildet (vgl. Janßen/Schroedter 2007).

3.3 Das Quartier wird zum Ausgangspunkt der Integration

Das Wohnquartier als ▷ *Sozialraum* konnte den gesellschaftlich marginalisierten Gruppen aber auch soziale Ressourcen bieten: Lokale familiäre Bindungen und stabile Nachbarschaftsbeziehungen, insbesondere aber institutionelle Ressourcen in Form staatlicher und privater Einrichtungen wurden in die Sozialreformen eingearbeitet (vgl. Vogel 2003: 203; Schnur 2013). Für die Integrationsforschung rückte deshalb das Quartier als wichtigster Ort der alltäglichen Lebenswelt, unterhalb der Stadtteilebene, in den Mittelpunkt der Integrationsbemühungen (Schnur/Zakrzewski/Drilling 2013). Die ▷ *Stadtentwicklungsplanung* setzte bei den quartiersbezogenen Ansätzen neben einer Aufwertung von Wohnungen, Wohnumfeld und sozialen Infrastruktureinrichtungen mit entsprechenden Bildungs- und Teilhabeangeboten auf *empowerment* und die Partizipation der Anwohner, die „Bewohnerbeteiligung“. Ein Quartiersmanagement dient als Schnittstelle zwischen Bürgern und Verwaltung vor Ort; es hat die Aufgabe, Defizite und Potenziale in den Quartieren wahrzunehmen, Verbesserungen anzuregen, Projekte zu initiieren und Angebote zu koordinieren (▷ *Quartier/Quartiersentwicklung*). Jedoch sind migrantische Gruppen im Vergleich

zur einheimischen Bevölkerung von den Stadtentwicklern und Quartiersmanagern in den meisten Fällen nur schwer, oft gar nicht zu erreichen (Selle 2013).

4 Integration über den Arbeitsmarkt, den Wohnungsmarkt, über Bildung und Partizipation

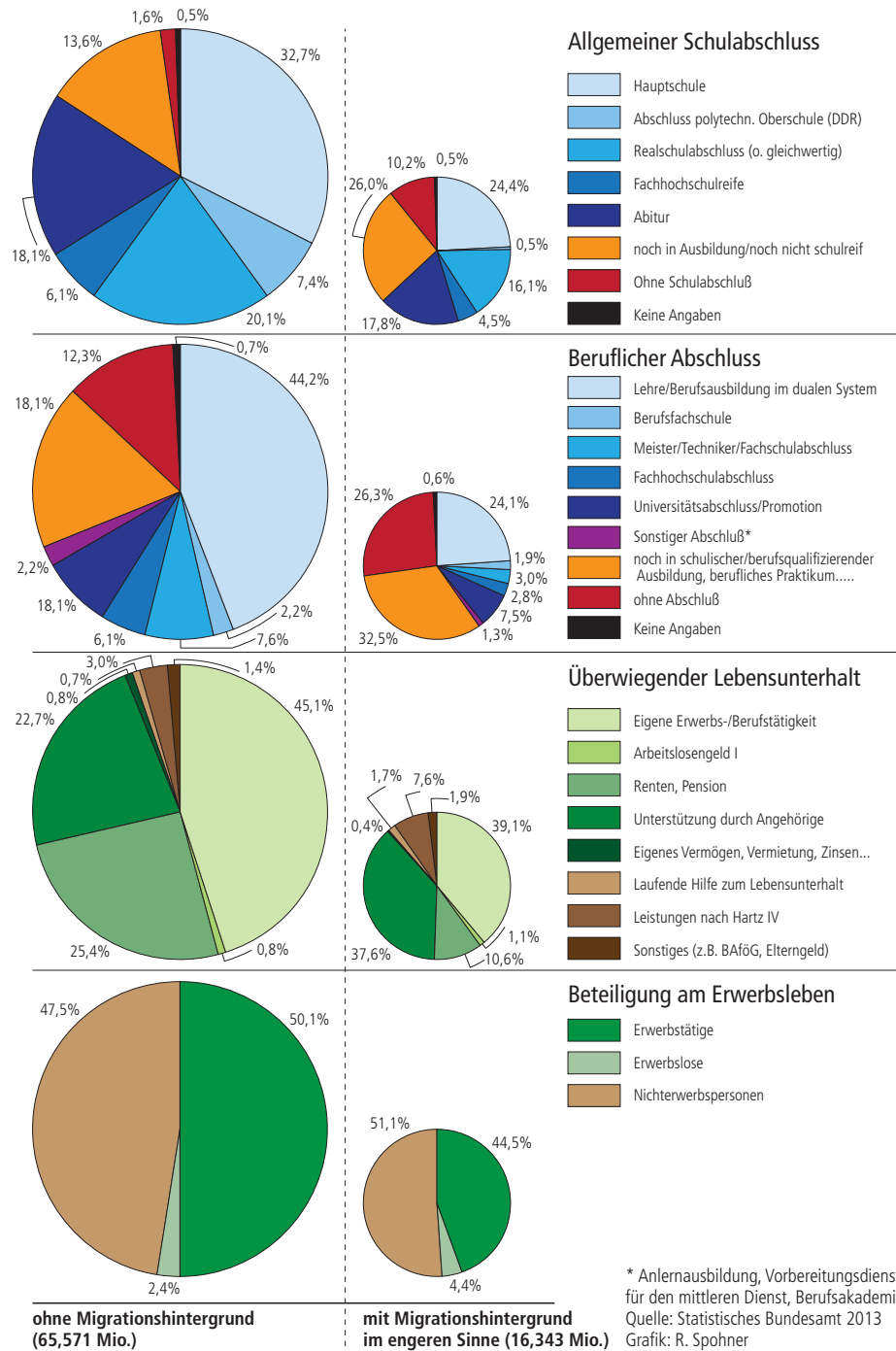
Eine strukturelle Integration des Einzelnen erfolgt konkret über die Teilnahme am Arbeitsmarkt, über die Lage einer Wohnung und über die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, vor allem auch an den Bildungsangeboten. Hier lassen sich weiterhin teilweise deutliche Unterschiede für die Mehrheits- und Minderheitsgesellschaften in Deutschland erkennen. Hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration sind Migrantinnen und Migranten bis in die zweite und dritte Generation hinein überdurchschnittlich oft von langfristiger Arbeitslosigkeit betroffen, sie verdienen in der gleichen Position weniger als die einheimische Bevölkerung (Agentur für Arbeit 2013).

Migrantinnen und Migranten machen sich in Ermangelung an Alternativen verstärkt selbstständig, häufig als Teil migrantischer Ökonomien, die zunächst vorwiegend in den arbeitskraftintensiven und wenig lukrativen Nischen der postindustriellen Arbeitsmärkte entstanden wie kleinen Gastronomiebetrieben oder der Körperpflege. Heute finden sich migrantische Unternehmen in fast allen Teilsegmenten des Arbeitsmarktes, sie sorgen unter anderem für eine transnationale Verbindung Deutschlands in die Welt und sind prominent im Stadtbild vertreten (Schmiz 2011; Hillmann 2013; Bukow/Heck/Schulze et al. 2011). Zwar haben Menschen mit Migrationshintergrund in den letzten Jahren häufiger einen Bildungsabschluss erlangt, doch verfügen sie nach wie vor seltener als die einheimische Bevölkerung über einen Bildungs- oder gar Universitätsabschluss (s. Abb. 2). Studien weisen bis heute eine Diskriminierung aufgrund des ausländischen Namens nach (vgl. Kaas/Manger 2010).

Auch auf dem Wohnungsmarkt besteht eine Diskriminierung der migrantischen Bevölkerung fort. Bei den türkischen Migranten kam es nach den gängigen Indikatoren für Integration (Ausstattung, Wohnfläche, Eigentümeranteil, Mietpreise) seit den 1990er Jahren zu einer Verbesserung. Doch weiterhin existieren Probleme der Unterversorgung und Benachteiligung (Wohnfläche, Mieten pro m²). Es dominiert eine Integration auf niedrigem Niveau (Gestring/Janßen/Polat 2006). Gatekeeper wie Wohnungsbaugesellschaften und Makler nehmen erfahrungsgemäß oft eine ethnische Hierarchisierung vor.

Trotz zahlreicher Integrationsmaßnahmen finden sich gegenwärtig somit weiterhin Unterschiede im Hinblick auf den Grad der Integration verschiedener sozialer und ethnischer Bevölkerungsgruppen in die bundesrepublikanische Mehrheitsgesellschaft, eine einheitliche Integrationsgesetzgebung gibt es (bislang) nicht. Entstanden sind heterogene Milieus (> *Milieu*), die sozial und räumlich differenziert betrachtet werden müssen.

Abbildung 2: Schulabschluss und Lebensunterhalt



Quelle: Hillmann 2016: 232

4.1 Neueste Trends

Die Integrationsdebatte selbst ist durch Anforderungen der EU, die Antidiskriminierungsmaßnahmen im Rahmen einer Inklusionspolitik in Deutschland einforderte, in die Nähe von Inklusion gerückt. Hier geht es, wie auch bei dem Begriff der Partizipation (im Sinne von Teilhabe und Teilnahme) um eine generelle Integration benachteiligter Gruppen – sei es aufgrund des Geschlechts, der Staatsangehörigkeit, einer Behinderung oder aber der sexuellen Orientierung (vgl. Bude 2015).

Die im Jahre 2015 massenhaft einsetzende Zuwanderung von Geflüchteten in die Kommunen hat zu einem neuerlichen Bruch in der Debatte über Integration geführt und die politische Debatte über den Umgang mit Flucht und Migration insgesamt aufgeheizt. Angesichts der rasch gestiegenen Flüchtlingszahlen (eine Million Geflüchtete im Jahr 2015) spielte die bis dahin geführte Integrationsdebatte über die Partizipation der migrantischen Bevölkerung plötzlich eine deutlich untergeordnete Rolle. Im Vordergrund stand nun die akute Versorgung der eingewanderten Menschen, der rasche Aufbau und die Aktivierung von Infrastrukturen zur Unterbringung, etwa Turnhallen und längst aufgegebene Plattenbausiedlungen. Diese Notsituation wurde vielerorts durch spontane Hilfsangebote der Zivilbevölkerung aufgefangen. Vorhandene strukturelle Mängel wie etwa ein Unterangebot an verfügbarem Sozialwohnungsbau wurden offensichtlich.

Zunehmend prägen auch kurzfristige Migration und transitäre Mobilität den Stadtraum und stellen die herkömmlichen, da auf Langfristigkeit angelegten Vorstellungen von Integration infrage. Zum einen tragen multilokale Lebensformen, die der postindustriellen Flexibilisierung der Arbeitswelt geschuldet sind und für Einzelne ein Leben in mehreren Städten bedeuten, zu dieser kurzfristigen Mobilität bei (Dittrich-Wesbuer/Föker 2013). Zum anderen kaufen in global ausgerichteten und wachsenden Städten wie London, aber auch München, Berlin und Hamburg ausländische Investoren Wohnungen auf, ohne darin zu leben. Sie integrieren sich manchmal nur kurzfristig in ausgewählte Dienstleistungsbereiche der Stadt (etwa zur Durchführung von Operationen in angesehenen Kliniken). Wie die zahlreichen Kurzbesucher in den letzten Jahren in boomenden Ferienwohnungen in Metropolen wie Berlin befeuern sie eine bestimmte Ausrichtung der nachbarschaftlichen *Infrastruktur* und haben wenig Interesse an einer vollständigen Integration in den Stadtteil. Sie verändern durch ihre Präsenz auch die Integration der langansässigen Bevölkerung (vgl. zu London: Glatter 2016: 197). Des Weiteren stellt auch die Integration der temporären Bewohner in Flüchtlingscamps in den Städten, wie sie sich seit einigen Jahren beinahe überall in Europa herausgebildet haben, eine besondere Herausforderung dar. Diese „Zwischenlösungen der Integration“ verweisen auf die eingangs erwähnte umfangreichere Thematik der Migration und erfordern daher eine übergeordnete Strategie, die auf ganz unterschiedlichen sozialräumlichen Ebenen angesiedelt sein muss.

Eine der kommenden großen Aufgaben der *Stadtentwicklung* in der Bundesrepublik Deutschland wird daher die Integration der seit 2015 in beträchtlicher Zahl eingereisten Geflüchteten in das regionale Gefüge sein: Bundesweit arbeiten Kommunen, Bund und Länder an kurz- und langfristigen Integrationsstrategien, die sich auf die bereits genannten Bereiche Wohnen, Arbeit und Bildung beziehen. Intensiv wird an innovativen und vermehrt partizipativ ausgerichteten Integrationsansätzen gearbeitet, die – anders als in der alten Bundesrepublik Deutschland – die Migrantinnen und Migranten als Akteure ernst nehmen und einbeziehen.

Literatur

- Agentur für Arbeit (Hrsg.) (2013): Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer, Februar 2013. Wiesbaden.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2015): Zuwanderung in die Großstädte. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Home/Topthemen/zuwanderung_staedte.html (02.03.2016).
- Bommes, M. (2011): Zur Bildung von Verteilungsordnungen in der funktional differenzierten Gesellschaft. Erläutert am Beispiel „ethnischer Ungleichheit“ von Arbeitsmigranten. In: Bommes, M. (Hrsg.): Migration und Migrationsforschung in der modernen Gesellschaft. Osnabrück, 73-100. = IMIS-Beiträge 38.
- Bude, H. (2015): Was für eine Gesellschaft wäre eine „inklusive Gesellschaft“? In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.): Inklusion – Wege in die Teilhabegesellschaft. Frankfurt am Main, 37-43.
- Bukow, W. D.; Heck, G.; Schulze, E.; Yildiz, E. (2011): Neue Vielfalt in der urbanen Stadtgesellschaft. Wiesbaden. = Interkulturelle Studien.
- Dittrich-Wesbuer, A. ; Föbker, S. (2013): Multilokales Wohnen – Verbreitung und Formen in Deutschland. In: Scheiner, J.; Blotevogel, H.-H.; Frank, S.; Holz-Rau, C.; Schuster, N. (Hrsg.): Mobilitäten und Immobilitäten. Menschen – Ideen – Dinge – Kulturen – Kapital. Dortmund, 391-402. = Blaue Reihe – Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 142.
- Esser, H. (1980): Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse. Darmstadt/Neuwied.
- Esser, H. (2001): Integration und ethnische Schichtung. Mannheim. = Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung 40.
- Farwick, A. (2009): Segregation und Eingliederung. Zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern auf den Eingliederungsprozess. Wiesbaden. = Reihe: Stadt, Raum und Gesellschaft.
- Farwick, A. (2012): Segregation. In: Eckardt, F. (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden, 381-359.
- Fassmann, H. (2011): Konzepte der (geographischen) Migrations- und Integrationsforschung. In: Fassmann, H.; Dahlvik, J. (Hrsg.): Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Ein Reader. Göttingen/Wien, 57-86.
- Foroutan, N. (2013): Hybride Identitäten – Normalisierung, Konfliktfaktor und Ressource in post-migrantischen Gesellschaften. In: Brinkmann, H.-U.; Uslucan, H.-H. (Hrsg.): Dabeisein und Dazugehören – Integration in Deutschland. Wiesbaden.
- Gestring, N.; Janßen, A.; Polat, A. (2006): Prozesse der Integration und Ausgrenzung. Türkische Migranten der zweiten Generation. Wiesbaden.

- Glatter, J. (2016): Gentrification und gentrifizierte Stadträume in London. In: Selbach, V.; Zehner, K. (Hrsg.): London – Geographien einer Global City. Bielefeld, 185-200.
- Häußermann, H. (1998): Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen sozialen ‚underclass‘? In: Heitmeyer, W.; Dollase, R.; Backes, O. (Hrsg.): Die Krise der Städte: Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt am Main, 145-175.
- Häußermann, H. (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 10-11/2000), 13-21.
- Heckmann, F. (1981): Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität. Stuttgart.
- Herbert, U. (2003): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. Bonn. = Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 410.
- Hillmann, F. (2011) (Hrsg.): Marginale Urbanität: migrantische Ökonomien. Bielefeld. = Stadt- und Raumsoziologie.
- Hillmann, F. (2013): Migrantische Ökonomie: Marginale Urbanität als zentrale Form der Integration in die Stadtgesellschaft. In: Kronauer, M.; Siebel, W. (Hrsg.): Polarisierte Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik. Frankfurt am Main / NewYork, 151-169.
- Hillmann, F. (2016): Migration – eine Einführung aus sozialgeographischer Perspektive. Steiner Verlag. Stuttgart. = Sozialgeographie kompakt.
- Janßen, A.; Schroedter, J. H. (2007): Kleinräumliche Segregation der ausländischen Bevölkerung in Deutschland. Empirische Analysen auf Basis des Mikrozensus. In: Zeitschrift für Soziologie (6), 453-472.
- Kaas, L.; Manger, C. (2010): Ethnic discrimination in Germany's labour market: A field experiment. Bonn. = IZA Discussion Paper No. 4741.
- Lichtenberger, E. (1984): Gastarbeiter. Leben in zwei Gesellschaften. Wien.
- Lopez, S. L. (2010): The remittance house: Architecture of migration in rural Mexico. In: Buildings & Landscapes: Journal of the Vernacular Architecture Forum 17 (2), 33-52.
- Schäfers, B. (Hrsg.) (2003): Grundbegriffe der Soziologie. Opladen.
- Schmiz, A. (2011): Transnationalität als Ressource? Netzwerke Vietnamesischer Migrantinnen und Migranten zwischen Berlin und Vietnam. Bielefeld.
- Schnur, O. (Hrsg.) (2013): Migrationsort Quartier: Zwischen Segregation, Integration und Interkultur. Wiesbaden.
- Schnur, O.; Zakrzewski, P.; Drilling, M. (Hrsg.) (2013): Migrationsort Quartier. Zwischen Segregation, Integration und Interkultur. Wiesbaden. = Reihe Quartiersforschung, Band 3.
- Selle, K. (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte. Detmold.

Integration, soziale und ethnische

- Stadt Essen (Hrsg.) (2013): Soziale Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung 2006–2009. Indikatoren-gestütztes Monitoring im Rahmen der Evaluation des integrierten Handlungsprogramms „Soziale Stadt“ in Nordrhein-Westfalen. Essen.
- Terkessidis, M. (2011): Integration ist von gestern, „Diversity“ für morgen – ein Vorschlag für eine gemeinsame Zukunft. In: Bukow, W.-D.; Heck, G.; Schulze, E.; Yildiz, E. (Hrsg.): Neue Vielfalt in der urbanen Stadtgesellschaft. Wiesbaden, 189-206. = Interkulturelle Studien.
- Treibel, A. (1999): Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. Weinheim/ München.
- Vertovec, S. (2006): The emergence of super-diversity in Britain. Oxford. = Centre on Migration, Policy and Society, Working Paper No. 25.
- Vertovec, S. (ed.) (2015): Diversities old and new: Migration and socio-spatial patterns in New York, Singapore and Johannesburg. London.
- Vogel, B. (2003): Neues aus der Großstadt. Anmerkungen zur Etablierung eines „Regimes urbaner Marginalisierung“. In: Informationen zur Raumentwicklung (3/4), 201-206.
- Wilk, B. (2011): Die politische Idee der Integration. Berlin.

Weiterführende Literatur

- Gans, P.; Lang, C.; Pott, A. (2013): Bevölkerungsdynamik und Migration. In: Gebhardt, H.; Glaser, R.; Lentz, S. (Hrsg.): Europa – eine Geographie. Heidelberg, 329-377.
- Körner-Blätgen, N.; Sturm, G. (2015): Internationale Migration in deutsche Großstädte: Informationen aus der vergleichenden Stadtbeobachtung. Bonn. = BBSR-Analysen kompakt 11.

Bearbeitungsstand: 01/2018